

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 101, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltweite 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen für den Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 25

Stuttgart, den 20. Juni 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Um es den mit der Kassensführung betrauten Funktionären zu ermöglichen, pünktlich mit Quartalschluß die Abrechnung an die Verbandskasse einzuliefern, ergeht an alle diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, das höfliche aber sehr dringende Ersuchen, bis spätestens 27. Juni ihre restierenden Beiträge bis einschließ-lich 26. Woche zu begleichen.

Die Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten sind verpflichtet, das 2. Quartal pünktlich am 30. Juni abzuschließen und die Abrechnungen entsprechend den Bestimmungen des § 44 im Statut an uns einzuliefern. Die überschüssigen Gelder bitten wir vor dem 1. Juli an die Verbandskasse einzusenden; Gelder, welche nach dem 1. Juli eingekam-ten, kommen erst im 3. Quartal zur Verrechnung.

Sämtliche Geldsendungen sind an den Verbandskassierer E. Haueisen, Stuttgart, Sophienstraße 101 zu adressieren. Auf dem Abschnitt der Postanweisung ist in allen Fällen anzugeben, für was die Gelder gebucht werden sollen.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Tarifforderungen.

I.

Der Anfang unserer diesjährigen Tarifbewegung fiel in eine recht unpäßliche Zeit, gerade zur Zeit der Reichstagswahlen. Sonst wären wir auch schon um einen Schritt weiter, nämlich insofern, als wir wüßten, wie die Berliner über den gemachten Vorschlag der dreijährigen Verlängerung denken. In Berlin war es vor der Reichstagswahl nicht möglich, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, schon deshalb nicht, weil kein größerer Saal für diese zu haben war.

In Leipzig und Stuttgart haben die Kollegen bereits Stellung genommen und in der Hauptsache dem Vermittlungsvorschlag zugestimmt, allerdings unter gewissen Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen sind das Mindestmaß von Forderungen, die einer dreijährigen Verlängerung zur Grundlage dienen müssen und wir zweifeln auch nach dem Eindruck, den die Leipziger Beratungen auf uns gemacht haben, nicht daran, daß unsere Prinzipale der geforderten Erhöhung der Stundenlöhne bei den nun folgenden Beratungen zustimmen werden, wie auch die geforderte gemeinschaftliche Ausbaugung der Tarifgemeinschaft die Zustimmung der Prinzipale erhalten dürfte, da nicht zuletzt in ihrem Interesse liegend.

Unter solchen Voraussetzungen wäre ja der schlimmste Schlag, die völlige Vernichtung der Tarifgemeinschaft, unserem Gewerbe erfreulicherweise erspart geblieben, nicht nur im Interesse der Gehilfen, sondern auch zum Nutzen der Prinzipale, die ja auch in richtiger Erkenntnis ihrer eigenen Vorteile im letzten Moment noch zur Einsicht kamen,

oder aber, wie die Verhandlungen uns in Leipzig zu zeigen schienen, von dieser Erkenntnis auch schon vorher durchdrungen waren, diese aber bisher in der Öffentlichkeit nur in entgegengesetzter Weise zu tage treten ließen. Vielleicht war hier, was uns als Böswilligkeit und Unverständigkeit erschien, nur ein geschäftsmännischer Kniff. Die alltägliche kaufmännische Routine im Abschließen von Verträgen zeigte sich ja auch bei den Verhandlungen, wie denn dieses Handwerk dem erfahrenen Geschäftsmann weit geläufiger sein muß, wie dem unterhandelnden Gehilfenvertreter. Unsere Prinzipalvereinigung hat in der Vertretung des Berliner Herrn wahrlich keinen schlechten Griff gemacht, der in seiner flotten geschäftsmännischen Manier als geschickter Leiter hauptsächlich die Verhandlungen führte. Wir sagen das, ohne irgend welchem Listler aus unseren Reihen Anlaß geben zu wollen, daraufhin Schlüsse — die Trugschlüsse wären — auf den Ausgang der Verhandlungen zu ziehen, sondern wir werden zu diesen Betrachtungen geleitet, weil unsere Prinzipale sehr strikte darauf bedacht zu sein schienen, nur solche Gehilfenvertreter, die in tarif-treuen Werkstuben tätig sind, zu den Beratungen zuzulassen. Da kommt uns gerade ein zu dieser Sache sehr passendes Kapitel aus Webbs Werk über Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine zu Gesicht, das über die Methode der kollektiven Arbeitsvertragschließung recht treffende und beherzigende Worte auch für die gegenwärtig bei uns — respektive bei unseren Prinzipalen — herrschende Ansicht enthält, daß nur Praktiker, das heißt Leute, die noch in der Werkstatt stehen, als Gehilfenvertreter bei den Beratungen teilnehmen dürfen. Zwar wurden bei den Leipziger Tarifverhandlungen außer je zwei Vertretern der drei Tarifstädte der Verbandsvorsitzende und der Redakteur unserer Zeitung unbeanstandet zugelassen, aber es haben sich schon früher Meinungsdivergenzen zwischen uns und den Prinzipalen über die Zulassung von besoldeten Verbandsbeamten als Vertreter der Gehilfen ergeben. Webb schildert nun, wie in der Praxis der englischen Gewerkvereine die Ansicht, die auch früher dort vorherrschend war, einer ganz entgegengesetzten Platz gemacht hat, weil bei den Unterhandlungen der Gehilfen mit den Prinzipalen die Überlegenheit der letzteren zu tage trat. Wir wollen deshalb eine seiner treffendsten Ausführungen im kurzen Auszug hier registrieren, um zugleich zu zeigen, wie unbillig das Verlangen unserer Prinzipale ist, etwa besoldete Beamte der Organisation zu den Beratungen nicht zuzulassen — eine Ansicht, die allgemein oder zum mindesten sehr stark bei ihnen verbreitet ist. Andererseits wollen wir auch das Unzutreffende zeigen, wenn aus unseren eigenen Reihen die Ansicht auftritt, daß zu solchen Verhandlungen nur sogenannte Praktiker geeignet sind, also Leute, die noch in der Werkstatt stehen — eine Ansicht, die bei unseren Kollegen zwar selten, aber doch anzutreffen ist. Insofern befinden sich also die Prinzipale bei den Verhandlungen in einer gewissen Überlegenheit, da sie in gewiegter geschäftsmännischer Übung ebenso vor-

teilhaft den Vertrag mit den Arbeitskräften abzuschließen versuchen, wie sie täglich Verträge mit Lieferanten oder Käufern abzuschließen gewohnt sind. Schon um diese Überlegenheit nicht übermäßig ins Kraut schießen zu lassen, dürfen wir die Ablehnung von besoldeten Organisationsbeamten als Verhandlungsteilnehmer oder gar Vorsitzende von Tarifkommissionen zc. nicht zulassen.

So schreibt Sidney Webb:

„Ganz abgesehen aber auch von den störenden Einflüssen der „persönlichen Gleichung“ sind die Handarbeiter offenbar im großen Nachteil, wenn sie nicht über die Dienste eines sachverständigen Unterhändlers verfügen können. Zum Unglück für seine Interessen hat der Arbeiter einen selbstgewurzeltel Glauben an den „Praktiker“ — d. h. den noch in seinem Gewerbe tätigen Arbeiter. Er begreift nicht, daß das Unterhandlungsgeschäft auch eine Kunst ist, in dem ein Mann eine besondere Ausbildung genossen haben muß, bevor er als „Praktiker“ in dem vorliegenden Geschäft betrachtet werden kann. Die richtige Festsetzung der Lohnräte in einem Geschäft erfordert zunächst bedeutende industrielle und ökonomische Kenntnisse. Wofern der Unterhändler der Arbeiter nicht genau mit den Lohnsätzen und den bestimmten Arbeitsbedingungen bekannt ist, die in anderen Unternehmungen und Distrikten gültig sind, kann er unmöglich die Behauptungen des Unternehmers kritisieren, noch seine Klienten darüber beraten, ob ihre Forderung vernünftig ist. Ohne Kenntnis der ökonomischen Bedingungen der Industrie, der Lage des Handels, der Zahl der gegebenen oder zu erwartenden Aufträge und der Verhältnisse des Arbeitsmarktes ist sein Urteil darüber, ob die Arbeiter für ihre Forderung den richtigen Zeitpunkt gewählt haben und strategische Vorteile besitzen, ohne jeden Wert. Der Arbeiter, der wöchentlich 50 oder 60 Stunden in einem beschränkten Arbeitsprozeß in einer und derselben Fabrik beschäftigt ist, müßte ein Genie sein, könnte er sich diese Kenntnisse verschaffen. Und nicht einmal die Kenntnis der Tatsachen wäre genügend. Das beste Arbeitszeug macht noch keinen zum Zimmermann, ohne die Übung im Gebrauch desselben, die allein die Erfahrung geben kann. Schnelles Auffassungsvermögen und geistige Beweglichkeit, die den größeren Teil der Kunst, von Tatsachen Gebrauch zu machen, ausmachen, gedeihen nicht in einem Leben, das in physischer Arbeit verbracht wird. Schließlich erreicht der vollendete Unterhändler, wie der vollendete Zimmermann, nur durch die unaussprechliche Ausübung seiner Kunst seine höchste Fertigkeit. Auch hier wieder ist der Arbeiter gegenüber dem „Führer der Industrie“ im besonderen Nachteil. Das Abschließen von Verträgen und Vergleichen, das nur einen winzigen Bruchteil des Lebens und der Gedanken eines Arbeiters in Anspruch nimmt, ist die tägliche Routinearbeit des Geschäftsmannes.

Diese Überlegungen haben allmählich die Einwendungen des Arbeiters widerlegt und dazu geführt, daß in den mächtigsten Vereinen, die zusammen ein Drittel der gesamten Mitgliederzahl umfassen, das Hauptgeschäft der kollektiven Vertragsschließung allmählich von den Unterbeamten auf die besoldete Beamtenschaft der Bewegung überging.“

Gegen diese durchaus zutreffenden Ausführungen wird auch der ernstlich denkende Prinzipal keine Einwendungen erheben und deshalb irgend welchem diesbezüglichen Verlangen der Gehilfen sich nicht ablehnend gegenüber verhalten können.

Jahres 1901 wurden 14, im Jahre 1902 32, im ersten Quartal dieses Jahres 20 Aufnahmen gemacht, gewiß ein Erfolg, der nicht zu unterschätzen ist. So stieg zum Beispiel im Laufe des ersten Quartals in Göttingen die Mitgliederzahl von 4 auf 11, in Hofgeismar von 5 auf 12, somit berechtigt uns dies zu der Hoffnung, daß der Organisationsgedanke auch an kleinen Orten immer mehr Eingang findet. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind im Gau die denkbar verschiedensten. Nach den von seiten des Gauvorstandes veranstalteten Erhebungen betrug der Durchschnittslohn bei den Einzelmitgliedern 18 Mk. Der höchste Lohn ist 25 Mk. in Göttingen und Goslar, der niedrigste 12 Mk. in Göttingen, Goslar und Hofgeismar. In Kofst und Logis beim Meister befanden sich 18 Kollegen; Feiertage werden in fünfzehn Geschäften bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt in der Regel 10 Stunden, in einem Geschäft werden jedoch nur 8, in zwei 9 und in vier 9 1/2 Stunden gearbeitet; 11 Stunden werden noch in einem Geschäft in Göttingen und Minden i. W. und 12 Stunden in Goslar gearbeitet; in letzterem Orte werden keine Gehilfen beschäftigt und müssen zwei Lehrlinge ohne Pausen nach Einnahme der Mahlzeiten weiterarbeiten.

Hartmann-Hannover gab den Bericht der Zahlstelle. Nach demselben sind am Orte ca. 88 Buchbindereien mit 131 Gehilfen und 82 Arbeiterinnen, 3 Geschäftsbücherfabriken mit 303 Gehilfen und 355 Arbeiterinnen und 9 Kartonnagen- und Lyruspapierfabriken mit 64 Gehilfen und 292 Arbeiterinnen, insgesamt ca. 500 Gehilfen und 730 Arbeiterinnen. In unserem Verband organisiert sind hiervon 235 Gehilfen und 90 Arbeiterinnen. Daß bei einer solchen Interesslosigkeit an der Organisation die Lohnverhältnisse nicht die rosigsten sind, ist wohl selbstverständlich. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 54 Stunden. Hartmann bedauert, weiter keinen Bericht, wie man einen solchen wohl von Hannover verlangen könnte, geben zu können, da er zu sehr mit Arbeit überhäuft wäre und überhaupt die Tätigkeit am Orte immer einzelnen Personen zur Aufgabe gestellt werde.

Seitmeier-Bielefeld gab den Bericht seiner Zahlstelle. Daraus ist zu entnehmen, daß in Bielefeld ca. 80 Kollegen organisiert sind. Betriebe sind vorhanden 42 mit insgesamt ca. 110 Gehilfen, 60 Arbeiterinnen und 55 Hilfsarbeiter. Der Lohn schwankt zwischen 16 bis 28 Mk., der Durchschnittslohn dürfte 20 Mk. betragen. Redner erwähnt, daß es ungemein schwierig sei, die Arbeiterinnen zu organisieren. Im großen ganzen klingt aus dem Bericht Hoffnungsfreudigkeit und Siegeszuversicht heraus. Gith-Bielefeld geht des näheren auf die Werkstättenverhältnisse ein und unterzieht die Firmen Giler sen., Giler jun., Gumbach und Wolpers & Dose einer eingehenden Kritik. Bei erster Firma werden nach und nach die geleerten Buchbinder durch Hilfsarbeiter ersetzt, die Löhne seien auch dementsprechend; 15 bis 16 Mk. seien als Maximum anzunehmen. Bei Giler jun. waren die Verhältnisse etwas besser, denn der jegige überaus schneidige Werkführer, Herr Maier, von dem auch die hannoverschen Kollegen ein Liedchen singen können, bemüht sich redlich, hier neue Lorbeeren zu pflücken. So ist unter seiner Ägide schon die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert worden, auch will er durchweg die Akkordarbeit einführen. Beachtenswert wäre noch, daß sich die Firma Gumbach rühmte, Gehilfen für 12 bis 14 Mk. Lohn genügend erhalten zu können. Die Verhältnisse bei Wolpers & Dose haben sich verbessert, es ist dies auf die gute Organisation daselbst zurückzuführen.

Geißler-Braunschweig berichtet, daß von den beschäftigten 70 Kollegen 37 organisiert sind; der Minimallohn beträgt 16 Mk., die Arbeitszeit 9 bis 10 Stunden, in Druckereien wird durchschnittlich besser entlohnt. Stürmische Heiterkeit erregt Redner, als er die Verhältnisse einer Hofbuchbinderei beleuchtete. Daselbst werden nur Schüler der Geraer Berggoldeschule, sogenannte „Akademiker“ beschäftigt, welche den horrenden Lohn — Bardon! — ein Salär von 8 Mk. erhalten! Daß von der Firma Wibek überhaupt keine Verbandsmitglieder beschäftigt werden, dürfte wohl jedem bekannt sein.

Glauxer-Kassel berichtet, daß in ca. 58 zu unserem Beruf gehörigen Betrieben etwa 100 Gehilfen, 64 Hilfsarbeiter, 28 Arbeiterinnen und 29 Lehrlinge

beschäftigt sind. Davon sind 38 Gehilfen organisiert. Der Durchschnittslohn ist 14 bis 18 Mk. für Gehilfen, 6 bis 10 Mk. für Arbeiterinnen, 12 bis 18 Mk. für Hilfsarbeiter; Arbeitszeit 10 Stunden. Versammlungsbefug ist ein guter. Zu bemerken ist noch, daß sich die Zahlstelle in letzter Zeit gut entwickelt hat.

Geißler-Hildesheim berichtet, daß von den dort beschäftigten 22 Gehilfen 14 dem Verband angehören. Der Minimallohn ist 14 bis 16 Mk., mit Kost und Logis 5 Mk.

Arning-Deilmold bekundet, daß von den dort beschäftigten 12 Gehilfen 9 in einer lithographischen Anstalt beschäftigt sind bei 9 stündiger Arbeitszeit, der Minimallohn beträgt 20 Mk. Dieser Lohn könnte auf den ersten Blick hoch erscheinen, namentlich im Vergleich zu Großstädten. Wenn man aber in Erwägung zieht, daß die Lebensbedingungen daselbst die der großen Städte übertreffen, daß allein bei einem Einkommen von 1000 Mk. jährlich 40 Mk. Steuer bezahlt werden müsse, dann verliert der angelegte hohe Lohn um ein bedeutendes. — Organisiert sind in Deilmold alle dort beschäftigten Kollegen.

Neuter-Göttingen kann von einer recht regen und erfolgreichen Agitation berichten. So sind von den zur Zeit dort beschäftigten 17 Kollegen 11 organisiert. Der Lohn schwankt zwischen 12 und 25 Mk., ebenso große Unterschiede weist die Arbeitszeit auf. In kleinen Betrieben, namentlich bei den Junungsmeistern, wird noch 12 und 13 Stunden, sonst 10, 9 und 8 Stunden gearbeitet. Auch hier ist wieder zu konstatieren, daß die besser bezahlten Stellungen mit kürzerer Arbeitszeit von Verbandsmitgliedern besetzt sind.

Keßler-Hofgeismar berichtet, daß in Hofgeismar nur eine Firma für uns in Betracht komme, die lithographische Anstalt Käseberg, wo von 21 beschäftigten Buchbindern trotz aller Quertreibereien 12 dem Verband angehören. Als Kuriosum sei mitgeteilt, daß ein schon 16 Jahr im Geschäft tätiger Kollege 15 Mk. Lohn erhält.

Abendsheim-Minden i. W. bekundet, daß von 15 am Orte beschäftigten Gehilfen 7 organisiert sind. Der Lohn beträgt 13 bis 18 Mk., die Arbeitszeit 10 Stunden.

Hierauf wird zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Es kommt zunächst der Antrag Braunschweig zur Verhandlung, welcher lautet: „Der Gau wolle beschließen, zwecks besserer und leichterer Agitation im Gau denselben in Bezirke einzuteilen, und zwar in der Weise, daß jeder Zahlstelle ein bestimmter, vom Gauvorstand festzusetzender Bezirk zur Bearbeitung überwiesen wird. Dem Gauvorstand ist über jede unternommene Tour Bericht zu erstatten.“ Ein Antrag der Zahlstelle Kassel bezweckt dasfelbe.

Geißler-Braunschweig begründet den Antrag. — Kornacker spricht dagegen, da die Einzelmitglieder dadurch wiederum mehr mit den Zahlstellen in Verbindung kämen und die Berichterstattungen und die Bezahlung der Beiträge an die Gaukasse darunter leide. Alle Redner sprechen sich gegen den Antrag aus, und wird derselbe, da keine Aussicht auf Annahme vorhanden ist, zurückgezogen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung bemerkt Kornacker-Hannover, daß es wohl notwendig wäre, auch in unserem Gau bessere Lohnverhältnisse zu schaffen und ersucht, möglichst nach der Richtung hin zu wirken, daß ein einheitlicher Wochen- resp. Stundenlohn, eine Regelung der Arbeitszeit und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage verlangt und dieses als Forderung aufgestellt werde.

Geißler-Hannover bespricht die Bemühungen zur Schaffung eines Kontobucharbeiter-Tarifs. Schon vor etwa drei Jahren traten einige Kollegen in Hannover zusammen, um zu versuchen, ob nicht auch für die Geschäftsbücherbranche ein fester Akkordtarif, wie ihn die Buchbinderbranche hat, geschaffen werden kann. Diese unendlich mühselige Arbeit ist jetzt fertiggestellt und wird zunächst nochmals den Beteiligten zur Nachprüfung und dann den Prinzipalen vorgelegt, eventuell mit denselben durchberaten werden. Eine Vereinheitlichung der hannoverscher Preise mit denen der Berliner ließe sich zur Zeit noch nicht durchführen, da die Auflagen der Arbeitspartien in Berlin bedeutend geringere sind und auch die ganze Arbeitsmethode daselbst nicht eine vom Unternehmer so raffiniert ausgeklügelte ist, wie in Hannover.

Welchen Umfang die diesjährige Lohnbewegung annehmen wird, läßt sich noch nicht feststellen, da in der heutigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ zu lesen ist, daß die Prinzipale den Tarif auf drei Jahre verlängert wünschen. Weilaufig gesagt, halte er es für einen taktischen Fehler des Verbandsvorstandes, daß er überhaupt eine Anfrage an die Prinzipale zwecks Verlängerung des Tarifs gestellt hat; es könnte dies auf jener Seite leicht als ein Zeichen der Schwäche unserer Organisation gedeutet werden. Mag es nun aber kommen wie es will, auf alle Fälle wird die Geschäftsbücherbranche festgeschlossen mit der Buchbinderbranche anderer Städte in die Bewegung eintreten. — Gith-Bielefeld ist derselben Meinung und erklärt, daß wir uns durch den Verband nicht dadurch eine achtunggebietende Stellung erobern, wenn wir bei jeder Gelegenheit dem Unternehmer gegenüber uns schwach zeigen und sozusagen um gut Weiter anhalten. — Hartmann-Hannover spricht sich in demselben Sinne aus. Er versichert, daß Hannover zum Herbst auf jeden Fall in eine Bewegung eintreten werde. — Geißler-Braunschweig kann betreffs Lohnbewegung noch nichts Bestimmtes voraussagen.

Inzwischen ist folgende Resolution eingegangen: „In Erwägung, daß eine allgemeine Einführung des Tarifs für Buchbindereien absolut notwendig ist, um dadurch eine geordnete Entlohnung in Akkord- und Lohnarbeit, Bezahlung der Feiertage zc. herbeizuführen, erklären es die Mitglieder des Gauvereins VIII als dringende Notwendigkeit, in allen Orten an die Arbeitgeber diesbezügliche Forderungen zu stellen.“ Vorstehende Resolution wird einstimmig angenommen.

Hierauf werden die Verhandlungen um eine Stunde vertagt. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Leipzig. Zu den Tarifverhandlungen und deren Resultat nahm eine überaus stark besuchte Versammlung am 10. Juni Stellung, in der Weismann das Referat hielt. Nach einer ausführlichen Besprechung der von unserer Organisation aus gemachten Vorbereitungen und den mit den Prinzipalen gepflogenen Verhandlungen selbst faßte Redner seine Meinung dahin zusammen, daß die ganzen Verhandlungen gezeigt haben, daß von beiden Seiten der Frieden gewünscht wurde. Auch der Wert der Tarifgemeinschaft sei allseitig anerkannt worden, nur einige unserer Herren Prinzipale mögen vielleicht den Fall unseres Tarifs herbeisehen. Wenn die Kollegen den Beschlüssen der Leipziger Tarifkonferenz Folge geben, so werden die nun folgenden Beratungen es ermöglichen, dem Tarif in manchen Teilen eine klarere und präzisere Fassung zu geben, während die Ablehnung des Antrags auf dreijährigen Weiterbestand des Tarifs und die daran knüpfende Neuberatung jedenfalls zu keinem allzu günstigen Resultat führen würde, ja vielmehr unsere ganze Tarifgemeinschaft in Frage stellen könnte. — Die Prinzipale glaubten unseren Vertretern den Vorwurf machen zu können, nichts für die weitere Durchführung des Tarifs getan zu haben. Als ob sie nicht selbst uns bei diesem Beginnen jederzeit in die Arme fielen! Auch die geringe Inanspruchnahme des Tariffschiedsgerichts sollte als Beweis für die Güte des bestehenden Tarifs dienen. Ja, ist es denn in Leipzig nicht stadtbekannt, daß ein jeder Kollege, der dort sein Recht sucht, von den Herren auf das Pflaster geworfen wird? — Referent ersucht die Versammlung, die Lage der ganzen Angelegenheit genau zu prüfen und darnach ihre Entscheidung zu treffen.

In der Diskussion vertritt Pfütze die Meinung, daß man auf die Forderung der Prinzipale, den Akkordtarif mit vornehmlich redaktionellen Änderungen weitere drei Jahre bestehen zu lassen, eingehen könne, doch sei auf diese Forderung die Gegenforderung der Erhöhung der Minimalstundenlöhne, sowie den Ausbau der tariflichen Institutionen zu setzen. Zwar haben die Prinzipale unserem bescheidensten Verlangen stets ablehnend gegenüberstanden, das habe ja die Frage der Zusammenfassung des Tariffschiedsgerichts bewiesen, die erst durch das gewerbegerichtliche Einigungsamt in einer für uns annehmbaren Form geregelt werden mußte, doch hat jetzt wohl die Mehrzahl der Prinzipale gleich uns den Wert des Tarifs genügend erkannt,

um wegen solcher geringen Forderung die ganze Sache nicht zu gefährden. Die Stückarbeiter könnten vielleicht der Meinung sein, daß sie von der Erhöhung der Minimallöhne keinen Vorteil hätten, doch wenn dadurch der Gepflogenheit, die sich im Laufe der Zeit eingebürgert hat, nämlich Arbeiten, die nach Tarif gut bezahlt werden, im Stundenlohn herzustellen zu lassen, Einhalt getan wird, so sei auch dies zugleich von Vorteil für die Affordarbeiter. Ganz ungerechtfertigt ist der von Seiten der Prinzipale gegen uns erhobene Vorwurf, daß wir nicht an der Durchführung des Tarifs gearbeitet hätten. In den ersten Jahren haben uns die Herren durch Maßregelungen der tätigen Kollegen und ähnliche Chikanierungen das Leben schwer genug gemacht, und uns blieb wahrlich wenig Zeit für die Verbreitung der Tarifgemeinschaft übrig, denn wir mußten alle Kraft daran setzen, das so mühsam Erwungene nicht zu verlieren. Doch ganz untätig auch in dieser Beziehung sind wir nicht gewesen. Ist die Gründung neuer Zahlstellen des Verbandes, die Stellung und Durchdringung von Lohnforderungen in der Provinz keine Arbeit im Interesse der Tarifgemeinschaft? Die unnothige Handlungsweise, jeden Kollegen, der vor dem Tariffchiedsgericht sein Recht sucht, zu entlassen, entspricht auch nicht dem Wesen der Tarifgemeinschaft, wo sich beide Teile als gleichberechtigte Faktoren gegenübersehen. Redner erstucht nochmals an der Erhöhung der Minimalstundenlöhne festzuhalten.

Hierauf wird folgende eingegangene Resolution verlesen:

„Die heute Mittwoch den 10. Juni im Saale des Pantheon tagende, von ca. 1500 Personen besuchte öffentliche Versammlung der in Buchbinderzweigen 2c. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ermächtigt die Tarifkommission einer Verlängerung des Tarifs auf weitere drei Jahre ihre Zustimmung zu geben, wenn 1. am jetzt bestehenden Affordtarif weitgehende Änderungen nicht vorgenommen worden; 2. wenn im zweiten und dritten Jahre der geplanten Verlängerungsdauer die Minimalstundenlöhne eine Aufbesserung erfahren. 3. hat die Tarifkommission dafür Sorge zu tragen, daß dem Ausbau und der Verbreitung der Tarifgemeinschaft von Seiten der Herren Prinzipale tätige Unterstützung zugesichert wird.“ Schröder ist der Meinung, da unter der jetzigen ungünstigen Konjunktur bei einer vollständigen Neubewertung des Tarifs nichts zu erreichen sei, mit allem Nachdruck für Erhöhung der Minimallöhne einzutreten. — Biebel sieht in einem Fortbestand des Tarifs den Weiterbestand des alten Schlenbrian, denn nur in wenigen Werkstücken werde der Tarif strikte innegehalten, doch liege das zumeist an den Kollegen selbst, und müsse bei einer Verlängerung des Tarifs vor allen Dingen für eine genaue Einhaltung desselben gesorgt werden. Der bereits seit drei Jahren bestehende Stundenlohn sei einer Erhöhung dringend bedürftig.

Hierauf ging ein Zusatzantrag zur Resolution ein, der verlangt: die Stundenlöhne schon vom ersten Jahre ab zu erhöhen.

Meyer hält angesichts der Verteuerung aller Lebensmittel die Erhöhung der Minimallöhne für durchaus gerechtfertigt, und wünscht noch die Verbesserung der Positionen: Broschüren und Bessere Broschüren. Weiter rügt er in berechteter Weise das Fernbleiben der Arbeiterinnen von der Organisation und verweist auf Berlin, wo die Arbeiterinnen durch massenhaften Anschluß an den Verband weit günstigere Arbeitsbedingungen errungen haben, als wie sie hier bestehen.

Weißmann möchte für das erste Jahr von einer Erhöhung des Minimallohns absehen, denn erst müsse Stuttgart dieses Jahr seinen Satz auf die Höhe des Leipziger bringen, um vereint im nächsten Jahre den bereits in Berlin gezahlten Lohn zu erreichen, und dann in weiteren Jahren eine allgemeine Erhöhung durchzuführen. — Schröder tritt nochmals für Erhöhung des Stundenlohns auch im ersten Jahre ein.

Hierauf wird die Resolution mit dem Zusatzantrag einstimmig angenommen.

Nachdem erinnert Zinke an die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extrasteuer, deren Erhebung sei unbedingt nötig, denn man müsse für einen Kampffond sorgen und könne das Geld nicht erst aufbringen, wenn es gebraucht wird. Es bleibe

nur noch die Frage zu erörtern, ob während der Zeit, wo die Extrasteuer erhoben wird, unser Lokalbeitrag von 10 Pf. für männliche Mitglieder weiter bestehen solle; er selbst spreche sich für Erhebung desselben aus, doch soll, um die Meinung der Kollegen darüber zu erfahren, eine Urabstimmung vorgenommen werden. Heß tritt ebenfalls für Beibehaltung der Lokalsteuer ein. Schröder würde es für ein beschämendes Zeichen der Leipziger Kollegenchaft halten, wenn die Lokalsteuer fallen gelassen würde. Glaubig bittet im Interesse der Organisation, von der Erhebung der Lokalsteuer Abstand zu nehmen, um die Heranziehung der Indifferenten zum Verband nicht zu erschweren. Zinke verweist nochmals auf die Urabstimmung, es sei wichtig, über diese Frage die ungetrübte Meinung der Kollegen zu erfahren.

Stuttgart. Zu den vorläufigen Beschlüssen der Leipziger Tarifkonferenz nahm am Samstag den 13. Juni eine öffentliche Versammlung Stellung. Der Vorsitzende Hauelsen wünscht angesichts der Wichtigkeit der Sache eine freimüthige Aussprache und rege Beteiligung in der Diskussion.

Der zur Leipziger Konferenz delegierte Kollege Schöpfer sen. gibt zunächst den Bericht von den Verhandlungen, denen er einleitend eine kurze Schilderung der früheren Lohnbewegungen der Stuttgarter Buchbinder vorausgehen läßt, um sodann die Vorbereitungen und stattgefundenen Konferenzen einer Besprechung zu unterziehen. Er faßt seine persönliche Meinung dahin zusammen, daß er anfänglich die Empfindung hatte, die Prinzipale wollten es auf einen Bruch ankommen lassen und erst gar nicht in die Beratungen eintreten, dafür zeugte schon die Ansetzung der Beratungen auf 7 Uhr abends, die erst auf Intervention der Berliner Prinzipale dann auf 4 Uhr festgesetzt worden sei. Bei den Verhandlungen habe es sich aber gezeigt, daß auch den Prinzipalen an einer friedlichen Verständigung gelegen sei. Wenn auch noch nicht alle Gefahr beseitigt sei, daß es noch zum Kampfe kommen könne, so glaube er doch, daß auf Grund der Beschlüsse eine friedliche Verständigung möglich ist, und bitte er deshalb die Versammlung, den auf der Leipziger Tarifkonferenz gemachten Vorschlag zu acceptieren.

Der zweite Delegierte Lander macht dazu einige Ergänzungen. Redner weist darauf hin, daß unzweifelhaft eine gewisse Absicht bei den Prinzipalen bestanden haben müsse — obgleich diese es jetzt nicht recht wahr haben wollen —, den Tarif zu reduzieren, denn das Gerücht der geplanten zehnprozentigen Reduktion sei trotz wiederholter Anforderungen nicht desavouiert worden. Der von Seiten der Prinzipale, respektive des Herrn Crönlein, uns gemachte Vorwurf, für die Ausbreitung des Tarifs nichts getan zu haben, treffe uns nicht. Anstatt für eine Ausbreitung sorgen zu können, hätten wir mit der Durchführung und Befestigung des Tarifs in den Werkstücken, wo derselbe anerkannt ist, vollauf zu tun gehabt, was uns oben drein noch sehr erschwert wurde, da die Prinzipale darauf Maßregelungen folgen ließen. Dabei sollten unsere Prinzipale sich erst das musterhafte Verhalten der tariftreuen Buchdruckerprinzipale zum Beispiel nehmen, die die wegen Eintretens für den Tarif gemäßigten Gehilfen bei Arbeitseinstellungen zuerst berücksichtigen. Auch kleibe Herrn Crönlein ein solcher Vorwurf gegen uns nicht besonders, da sein Betrieb in der Innehaltung des Tarifs gerade nicht als musterhaft bezeichnet werden kann. Redner ersucht, unter der Bedingung sich mit der Verlängerung auf drei Jahre einverstanden zu erklären, wenn die Stuttgarter Minimallöhne erhöht werden und das Wort des Tarifs eine sehr notwendige Ausgestaltung erfährt, die eine Verpflichtung zur Errichtung von Tariffchiedsgerichten, paritätische Arbeitsvermittlung, beiderseitige Verpflichtung auf Ausbreitung des Tarifs in den kleinen Städten 2c. in sich schließt. Das jegige Wort habe auch insofern nicht seine Zuneigung, indem es mehr einer Geschäftsordnung für Leipzig gleiche. (Sehr richtig!)

Es kommt hierauf folgende Resolution zur Verlesung:

Die heute am 13. Juni tagende öffentliche Versammlung erklärt sich nach Anhören der Berichte über die zwischen den Vertretern der Prinzipale

und Gehilfen gepflogenen Unterhandlungen bereit, unter folgenden Voraussetzungen auf eine Verlängerung des bestehenden Tarifs auf weitere drei Jahre eingehen zu wollen:

1. Die zur Zeit für Stuttgart gültigen Minimallöhne für Gehilfen und Arbeiterinnen sind auf die Sätze, wie sie für Leipzig bestehen, zu erhöhen.

2. An den bestehenden Affordtarif dürfen Änderungen, welche auf eine Reduktion der Preise abzielen, nicht vorgenommen werden.

3. Das Wort des Tarifs ist in der Weise abzuändern, daß es den Anforderungen entspricht, welche an eine ein gedeihliches Einvernehmen fördernde Tarifgemeinschaft gestellt werden können.

In der Diskussion bemerkt unter Zustimmung der Versammlung R. Frey, daß das Resultat der Leipziger Verhandlungen zu anderen Zeiten wohl wenig bescheidenen würde, aber in Anbetracht der Verhältnisse und mit Rücksicht darauf, daß die Tarifgemeinschaft bei uns noch wenig gefestigt, sondern erst im Entstehen begriffen ist, sollte man sich damit zufrieden geben, zumal bei der Verständigungslosigkeit, die unserer Tarifgemeinschaft von Seiten der Prinzipale vielfach noch entgegengebracht würde, eine Ablehnung des gemachten Vorschlags die ganze Tarifgemeinschaft zum Scheitern bringen könnte. Wenn aber einer Verlängerung auf drei Jahre zugestimmt würde, so müßte entschieden schärfer vorgegangen werden gegen die immer noch üblichen Tariffurchbrechungen; auch die anderen Stuttgarter Firmen müßten zum Anschluß an die Tarifgemeinschaft bewegt werden. Auch mit Rücksicht auf die Verbesserungen der Lohnverhältnisse in den kleinen Städten bitte er von der Stellung weiterer Forderungen Abstand zu nehmen, die Klagen der kleinen Städte, daß der Verband nicht genügend für sie tue, sei nicht ganz unberechtigt. Angesichts dessen ersuche er um Annahme der Resolution und fordere zugleich auf, für eine weitere Stärkung unserer Organisation energisch Sorge zu tragen, denn nur wenn diese achtungsbekannt ist, könne auf eine Einwirkung bei den Lohnfestsetzungen gerechnet werden.

Schröder erklärt, nicht besonders von den Verhandlungen befriedigt zu sein. Die Leipziger Konferenzresolution mache den Prinzipalen zuviel Zugeständnisse. Die Prinzipale mahnen zum Frieden, nach drei Jahren wäre jedenfalls daselbe Schauspiel, dann hätten wir den ewigen Frieden, aber uns wäre damit wenig geholfen. Wir sollten uns nicht erst auf drei Jahre festlegen und dann verhandeln, sondern erst verhandeln und dann die Gültigkeitsdauer des Tarifs festsetzen.

Hierauf wird die Resolution gegen einige Stimmen angenommen.

Zu der Frage der Erhebung des lokalen Extrabeitrags bemerkt R. Frey, daß wohl jetzt eine zum Frieden mahnende Resolution angenommen worden sei, aber es sei ein Kampf immer noch nicht ausgeschlossen. Es wären schon einige Stimmen in Stuttgart gegen die Erhebung derselben laut geworden und zwar von Leuten, die nicht zu den schlechtbezahltesten gehören. Wenn nur diese daran denken möchten, wenn sie diesen Verdienst und ihre Lohnaufbesserungen zu danken haben! Jeder Widerspruch gegen die Extrasteuer müsse fallen, namentlich aber aus den drei Tarifstädten. Die Erhebung jetzt schon fallen zu lassen, halte er für verfehlt, auch soll diese an den Verband nicht aus dem lokalen Fond gezahlt, sondern ab 1. Juli in Stuttgart 65 Pf. Wochenbeitrag von den männlichen Mitgliedern erhoben werden.

In der lebhaften Debatte hierüber kam auch die Ansicht zutage, aus der lokalen Extrasteuer den Extrabeitrag für die Verbandskasse zu bestreiten, während der Zahlstellenvorsitzende die öffentliche Versammlung zu einer Beschlußfassung darüber überhaupt nicht für kompetent erklärte und die Regelung dieser Frage für Stuttgart durch Urabstimmung herbeigeführt wissen wollte. — Schließlich erklärte sich die Versammlung mit der Erhebung eines wöchentlichen Beitrags von 65 Pf. für männliche Mitglieder bis zu dem Zeitpunkt, bis der Verbandsvorstand die Erhebung der Extrasteuer zurücknimmt, einverstanden; von den weiblichen Mitgliedern soll kein höherer Beitrag gefordert werden.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, für die Stärkung der Organisation zu sorgen, durch Werbung neuer Mitglieder, ferner für die Durchführung des

Tarifs in Stuttgart einzutreten und namentlich im Herbst einmal in dieser Beziehung bei den Herren anzuklopfen, die selbst sich stark für die Ausbreitung des Tarifs ins Zeug legen, wurde die Versammlung geschlossen.

Heilbronn. Am Samstag den 6. Juni hielt unser Gauvorsitzender Böttcher-Stuttgart ein ausführliches Referat über unsere diesjährige Tarif- und Lohnbewegung. Die Vorteile der tariflichen Vereinbarungen eingehend erklärend, wies Referent besonders auf die momentane Situation hin. Auch Heilbronn sei eine von denjenigen Städten, welche den Stuttgarter Kollegen bei jeder Gelegenheit von den Prinzipalen als Schmutzkonkurrenz vorgehalten werde. Redner legte uns deshalb die Pflicht auf, für Festsetzung eines Minimallohns und einer Maximalarbeitszeit mit entsprechendem Prozentzuschlag für Überstunden besorgt zu sein. Was bisher in Stuttgart durchzusetzen möglich war, dürfte in Heilbronn nicht für unmöglich gehalten werden. (Zustimmung.)

In bezug auf die Extrasteuer, welche zu erwarten war und bereits auch ausgeschrieben ist, wies Redner die unbedingte Notwendigkeit der Erhebung derselben nach und empfahl die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Einführung der Extrasteuer einverstanden, und verpflichtet sich sämtliche Mitglieder, dieselbe ohne Widerspruch zu zahlen.“

Aus der lebhaft geführten Diskussion ergab sich, daß bereits in einer vor vierzehn Tagen stattgefundenen Versammlung sämtliche Kollegen sich gegen die Extrasteuer ausgesprochen hatten; auch kam zum Ausdruck, daß hier bei Anfangslöhnen von 10 Mk., 11 Mk. und 12 Mk. schwer zu agieren ist. Der Referent betonte, daß bei solchen niedrigen Löhnen die Agitation beim gewöhnlichen Beitrag gerade so schwierig sei, er ermunterte, für Beseitigung dieser äußerst traurigen Entlohnungen endlich und energisch einzutreten, worauf einstimmige Annahme der Resolution erfolgte.

Mannheim. Die am 13. Juni stattgefundenen Versammlung, in welcher unser Gauvorsitzender Schmidt über den Stand der Tarifbewegung referierte, war sehr gut besucht. Der Vortragende sprach in längerer Ausführung über die Entstehung der Tarife, deren Wert und die Möglichkeit, dieselbe in ganz Deutschland einzuführen. Dieses zu erreichen sei nur möglich, wenn die Durchführung eines einheitlichen Minimallohns, ferner eines Maximalarbeitstags von neun Stunden durchgeführt werde, was bedeutende Kämpfe erfordern dürfte und mit großen Ausgaben verbunden sei. Aus diesen Gründen rechtfertigte sich die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extrasteuer. Diefelbe soll hauptsächlich zur Deckung der in den kleinen Städten zu führenden Kämpfe gelten, um aus eigener Kraft das Erstrebte zu erreichen. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 13. Juni tagende Versammlung der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen erklärt sich mit der Erhebung der vom Verbandsvorstand festgesetzten Extrasteuer einverstanden und sieht als einziges Mittel zur Gleichstellung den Tarifstädten gegenüber die Einführung eines einheitlichen Minimallohns, eventuell mit Ortszuschlägen, als notwendig an.“

Ein weiterer Antrag des Vorstandes unserer Zahlstelle, die Erhebung der Lokalsteuer von 10 Pf. pro Woche auf die Dauer der Zahlung der Extrasteuer ausfallen zu lassen, rief eine ausgedehnte Debatte hervor, jedoch wurde auch dieser Antrag angenommen, nachdem man die zeitweise Aufhebung eines Unterstützungsparagraphen unseres Ortsstatuts beschlossen hatte.

Wir fordern unsere Kollegen auf, auch in den folgenden Versammlungen unserer Zahlstelle ebenso zahlreich und mit demselben Interesse wie in dieser Versammlung sich einzufinden.

Mainz. Unsere am 6. Juni stattgefundenen gutbesuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Extrasteuer und der Tarifbewegung. Der Vorsitzende Klümppel machte auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes aufmerksam und bemerkte, die Situation für uns sei eine ernste, und daß sich unsere Tarifvertreter keine Ver-

schlechterung des Tarifs aufhalten ließen, daß wären wir sicher. Unsere Aufgabe müßte es sein, in Kollegenkreisen für die Tarifbewegung Propaganda zu machen und alles für die Kämpfe der Hauptzentren zu interessieren. Vor allen Dingen muß es Pflicht der organisierten Kollegen sein, ihre Beiträge sobald wie möglich zu begleichen, um dem Hauptvorstand einen genauen Überblick über den Kampffonds zu geben. Er hoffe, daß auch die hiesigen Kollegen sich der Lage bewußt sein werden und nicht die Gelegenheit benützen, um ihrer für sie eintretenden Organisation den Rücken zu kehren.

Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß von unseren vorausgabten statistischen Fragebogen 20 Stück beantwortet worden sind, und werde allem Anschein nach unsere statistische Aufnahme eine vollständige werden. Sehr gemüßwilligt wurde das Verhalten mancher nicht organisierter Kollegen, welche aus gewissen Gründen ihre Lohnverhältnisse nicht angeben wollten, allzu rofige werden es wohl nicht sein, wir aber werden dieselben doch aus Tageslicht bringen.

Da Bocher sein Amt als Schriftführer niederlegte, wurde Weiß einstimmig als solcher gewählt. In letzter Zeit macht sich ein reges Leben in unserer Zahlstelle bemerkbar, mögen alle Kollegen dazu beitragen, dies in Zukunft noch besser zu gestalten, so werden auch wir zum Ziele gelangen.

Dresden. Die Tagesordnung unserer am 6. Juni stattgefundenen Versammlung lautete: Stellungnahme zur Verschmelzung der Zentraltrankenkasse mit dem Verband. Der Vorsitzende Bal. Kahl bemerkte hierzu: Wenn auch schon eine Versammlung der Krankenkasse in dieser Angelegenheit hier stattgefunden habe, so wäre es doch auch erwünscht, hauptsächlich in Anwesenheit von Verbandsmitgliedern nochmals darüber zu sprechen. Er geht des näheren auf die Entwicklung dieser Angelegenheit ein, im übrigen glaubt er nicht, daß in absehbarer Zeit eine Einigung zu stande kommt, obwohl mancher Kollege die Verschmelzung als wirksames Agitationsmittel wünscht. Den ca. 2000 unorganisierten Kollegen würde jedenfalls nach der Verschmelzung die Ortskasse genügen. Man möge doch andere Vorschläge machen zur Ausbaurung der Unterstützung, etwa hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung. Der Artikel des Kollegen Kraus in der letzten Nummer unserer Zeitung gehe beherzigenswerte Winke; auch die Gemafregeltenunterstützung für ältere Kollegen ließe sich gewiß noch verbessern. Wienhold spricht sich nur bedingt für die Verschmelzung aus und warnt vor Voreiligkeit. Ohne weitere Debatte wurde in der Abstimmung der Antrag auf Verschmelzung der Zentraltrankenkasse mit dem Verband gegen eine Stimme abgelehnt.

Sodann bespricht der Vorsitzende die neueste Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Extrasteuer. Er ist der Ansicht, daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, und daß auch wohl in anderen, als wie den direkt beteiligten Städten, in die Bewegung eingetreten wird. Er hofft, daß sich die Opferwilligkeit der Kollegen in dieser schweren Zeit gewiß bewähren wird. Wienhold bespricht die Verhältnisse in der Luxuspapierbranche; er glaubt, daß bei Neuregelung des Tarifs diese Branche gewiß mit berücksichtigt werden könnte, die Bildung von Kommissionen der verschiedenen Branchen sei zu empfehlen.

Leipzig. Die Portefeuilles, Etuis- und Galanteriearbeiter hielten am 6. Juni eine Versammlung ab, in der Kollege Bersch Bericht vom Gewerkschaftsamt erstattete. Hervorzuheben aus diesem Bericht ist das Verhalten der Buchdrucker und der Metallarbeiter zur Leipziger Saalfrage. Von einem Teile der Buchdrucker, unter Führung des Herrn Rezkhäuser, sei die Handlungsweise unverständlich. Es könne doch gar nicht so schwer fallen, daß sich auch dieser Teil der Disziplin der übrigen Gewerkschaften anschließen. Unter Gewerkschaftlichem wird die Abrechnung von den Mailisten gegeben, wobei auch auf die Saubheit unter den Kollegen Bezug genommen wird. Wer mit den gefassten Beschlüssen nicht einverstanden ist, dem wäre dringend zu raten, in der Versammlung zu erscheinen und mitzuarbeiten an dem Wohlergehen der Organisation. Weiter kam die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extrasteuer in Erwähnung. Die Notwendigkeit dieser Extrasteuer wird wohl von allen Kollegen anerkannt werden. Hierauf referierte

Stadtverordneter Kloth über die Reichstagswahl. Gewünscht wurde, daß von den Gewerkschaftsblättern zur Zeit der eigentlichen Wahl etwas mehr Wahlartikel gebracht werden müßten; das trifft auch auf die „Buchbinder-Zeitung“ zu. Der Redner schildert den Einfluß des Zollerzins auf die Gewerkschaften, besonders bei ungünstigen Handelsverträgen. Daher sei es Pflicht der Gewerkschaften, mitzuarbeiten, daß das Reichsparlament eine derartige Zusammensetzung erhält, um bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Angeregt wird eine Besichtigung der städtischen Wasserwerke.

Dessau. Mit der Frage der Extrasteuer beschäftigte sich eine hier selbst am 8. Juni abgehaltene Versammlung, in der über die betreffende Bekanntmachung des Zentralvorstandes eine lebhafte Debatte entstand. Mit Rücksicht auf die kleinen Zahlstellen mit ihren zum größten Teile sehr schlechten Lohnverhältnissen, deren Mitglieder gegenüber denen der Großstädte schwerere Opfer aufgelegt werden, wurde befürwortet, die kleinen Zahlstellen mögen von der Extrasteuer verschont bleiben. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Zahlstelle Dessau sträubt sich entschieden gegen die Erhöhung der Beiträge durch eine Extrasteuer von 15 Pf., da dadurch die kleinen Zahlstellen (speziell die Zahlstelle Dessau) sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, weil die Lohnverhältnisse bei den teuren Wohnungen und Lebensmittelpreisen hierorts derartig sind, daß die Kollegen kaum die 35 Pf. Beitrag auszubringen im stande sind und deshalb zu befürchten steht, daß durch die Erhebung der Extrasteuer die so mühsam aufgebaute und so schwer zu haltende kleine Zahlstelle Dessau ihrem Ende entgegen gehen würde. Dasselbe würde wohl auch noch vielen anderen kleinen Zahlstellen bevorstehen, die schon gegenwärtig bis zum äußersten um ihre Existenz zu kämpfen haben.

Die Zahlstelle Dessau ist der Meinung, daß die Großstädte, welche ja doch nur einen speziellen Nutzen von der Lohnbewegung haben, viel eher eine Extrasteuer aufzubringen im stande sind, schon insofern, als dort die Mitgliederzahl überwiegend stärker und auch die Lohnverhältnisse bedeutend bessere sind, sie bittet deshalb den Verbandsvorstand, dies wohl zu erwägen und darnach zu handeln.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dietz Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 37.

Briefkasten.

Der Schluß vom Artikel „Die Berichterstattung für unsere Zeitung“ kommt in nächster Nummer. P. R. in N. Artikel kommt nicht zur Veröffentlichung, beruhigen Sie sich einstweilen an dem Schlusse des heutigen Leitartikels. Zurückgestellt: Artikel über Generalversammlungen der Gewerkschaften und diverse Versammlungsberichte.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Berlin: Eug. Brückner, O., Rübensdorferstr. 65, Qu. I. (Adressen der Vertrauenspersonen: Buchbinder: Otto Thielemann, O., Gubenerstr. 25, Hof part., Frau Lucie Kschemin, Michaelkirchplatz 18 IV. — Kontobuch-Branche: Fritz Keese, SO., Mantuffelstraße 37 v. III rechts. — Lebergalanterie-Branche: E. Brückner, O., Rübensdorferstr. 65, Querg. I. — Etuis-Branche: A. Schmidt, O., Mühlendückerstr. 11, Hof part. — Luxuspapier-Branche (für Buchbinder): Carl Draug, Köpenickerstr. 134/135, Hof III; (für Presser): Emil Perzide, Schönhauser Allee 70 d IV; (für Präger): Alb. Scharnow, Rixdorf, Hermannstraße 157 II. — Karton-Branche: 1. Alb. Mystki, Friedrichsberg, Blumentalstr. 42; 2. Frau Haberstrof, Neumannstr. 26. — Album-Branche: Franz Bytomski, S., Dresdenerstraße 9. — Goldschmittmacher: Paul Schiffe, SO., Stallierstraße 18.) Nürnberg: Die Adressen des Vertrauensmannes der Portefeuilles ist zu streichen.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungszustahler.

Hamburg. A.Z. Restaurant Bornhöft, Kl. Rosenstr. 16; von 1—2 und 7—8 Uhr. L. U. M. 24 Nr. Az 9 St. H. Gatz- und Vogtshaus, Caffamacherreihe 12.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Hamburg.

Unser Vereinslokal, sowie der Arbeitsnachweis und Bibliothek befindet sich jetzt in [0.90] Bornhöfts Klublokal, Kl. Rosenstr. 16. Dasselbst jeden Sonnabend Kassenabend unseres Kassierers und der Krankentasse. [1.18] Der Vorstand.

Nachruf.

Am Sonntag den 14. Juni er. verschied nach kurzen Krankenlager unsere langjährige Mitarbeiterin, die Intiererin [1.70]

Frau Wilhelmine Lange

im 58. Lebensjahre. — Wir verlieren an der Dahingeshiebenen eine brave und ehrliche Kollegin und werden ihr jederzeit ein bleibendes Andenken bewahren.

Das Personal der Geschäftsbücherfabrik [3.19] L. Zuergens, Berlin NO.

Den Kollegen [1.20]

Rauffus und Petermann

bei ihrer Abreise ein

„Herzliches Lebewohl!“ [3.20] Die Einzelmitglieder in Hofgeismar.

Unsere Freunde und Kollegen [3.21] [0.80]

H. Lösch, M. Jansen und P. Jöstel

zu ihrer Abreise von Frankfurt a. M. ein

„Herzliches Lebewohl!“

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma J. Rohm.

Für Athen werden [2.40]

2 tüchtige Buchbinder

für eine Geschäftsbücherfabrik gesucht. Reise wird bezahlt. Bewerbungsschreiben mit Zeugnisabschriften zu senden an

Max Krause, Berlin S. 42, Alexandrienustrasse 93. [3.22]

Ich wurde von einigen Kunden gebeten, bei dem Verkaufe ihrer gut eingeführten

Buchbinder-geschäfte

beihilflich zu sein, erkläre mich mit Vergnügen bereit, diesen Wünschen durch

kostenfreie Aufgabe

der Adressen, Auskunft über Umfang der Geschäfte u. s. w. nachzukommen und sehr freundlichen Anfragen sehr geehrter Herren Käufer gern entgegen.

O. TH. WINCKLER

Leipzig

Abt. A: Papier- und Lederwaren
Abt. B: Buchbindereibedarf
Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder

Kataloge zu Diensten! [3.23]



L. Flühr, Stuttgart,

[3.24] Rotenbüßstr. 14, [1.60] empfiehlt sein reichhaltiges Lager federleichter, sowie wetterfester Filzhüte, Hochzeitshüte von 4 Mk. an. Reiches Auswah von Strohhüten neuester Mode.

Fachverein Leipzig.

Freitag den 19. Juli, abends 7 Uhr, im „Pantheon“

Generalversammlung.

[3.25]

Tagesordnung:

[3.20]

- 1. Geschäftsbericht. 2. Anträge. 3. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 4. Vereinsangelegenheiten.

Anträge sind laut § 14 vierzehn Tage vor der Versammlung schriftlich beim Vorstand einzureichen. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Gau X.

Programm

Rheinland und Westfalen.

zu dem am Sonntag den 28. Juni nach Essen a. Ruhr stattfindenden diesjährigen

Gauausflug

- 1. Abholen der auswärtigen Kollegen am Hauptbahnhof und Willkommengruß in der „Bürgerhalle“.
- 2. Besichtigung der Stadt, der Kruppschen Fabrik und des Stadtgartens.
- 3. Gemeinschaftliches Mittagessen mit Tafelkonzert im „Malparus“ (Preis 90 Pf.)
- 4. Fahrt mittels Extrazug ins schöne Ruhrtal, Befestigung des Pastoraloberges, daselbst: Kaffeetrinken, Tanz, Spiele und photographische Aufnahme sämtlicher Teilnehmer zu einem Gruppenbilde.
- 5. Rückfahrt zur Stadt.
- 6. Großer Kommerz in der „Bürgerhalle“, bestehend in: Vokal- und Instrumentalkonzert, Festrrede und Ball. Festrredner Kollege Carisch, Essen.

Diejenigen Zahlstellen und Einzelmitglieder, die sich noch nicht angemeldet haben, wollen dies umgehend tun.

Die Zahlstellenvorstände sind gerne bereit, den Mitgliedern nähere Auskunft zu geben. Wir bitten die Kollegen nebst werthen Damen um zahlreichen Besuch und rufen allen zu

[3.26]

Willkommen in Essen!

[4.80]

Achtung!

Zahlstelle Berlin.

Achtung!

Montag den 20. Juli

Grosses Sommerfest „Guten Montags“

in der „Neuen Welt“, Hasenhaide 108—114.

Großes Gartenkonzert. Spezialitäten ersten Ranges. Theateraufführung für Kinder.

[3.27]

Grosses Feuerwerk.

Von 5 Uhr ab im neuerbauten Festsaal Grosser Ball.

Eintritt in den Saal für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf. [5.60]

Bei Eintretender Dunkelheit Großer Fackelzug.

Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. — Programme am Eingang gratis. — Anfang 4 Uhr. Billets sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstuden-Vertrauenspersonen, in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie in unserem Bureau zu haben. Um regen Vertrieb der Billets ersucht

Die Ortsverwaltung.

Buchbinder-Männerchor Stuttgart.

Sonntag den 21. Juni

Kinderfest im Saale und Garten

des Frankschen Bierkellers in Heslach bestehend in [3.80]

vorzüglicher Musik, sowie gesanglichen Vorträgen, Belustigungen für jung und alt, Kinderbescherungen u. s. w.

Die verehrl. Mitglieder, Kollegen und Kolleginnen mit ihren Angehörigen sind freundlichst eingeladen. Entree für Nichtmitglieder à Person 10 Pf. — Anfang nachmittag präzis 3 Uhr.

Der Ausschuss.

Buchbinderei!

Achtung!

Berlin!

Buch-, Papier-, Schreib-, Lederwarenhandlung, Leihbibliothek (3000 Bd.), seit 30 Jahren in Leipzig (Worort) bestehend, mit guter Kundschaft, Arbeit u. Lieferung f. Schulen, Behörden u. Fabriken, sofort zu verkaufen. Näheres Leipzig, Gerichtsweg 14, Restaurant „Schüttels Hof“. [2.00] [3.29]

Erlaube mir die Herren Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß ich Lindenstrasse 84 eine

Restauration

eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch. Mit kollegialem Gruss [1.00] [3.30a] Paul Gürtler.